

Anzeige



365 Orte im Land der Ideen

Jeden Tag eine Erfolgsgeschichte aus Deutschland

Heute:

Neue Technologie

Die Schreiner Group aus Oberschleißheim entwickelt RFID-Lösungen für viele Anwendungsbereiche wie die Identifizierung von Gegenständen.

www.land-der-ideen.de

Medienpartner
WELT
GRUPPE

Mehr zu den Preisträgern der Woche in jeder Welt am Sonntag

Analyse

Die gefährlichste Waffe



Von Daniel Eckert

Peking hält den Kurs der Landeswährung Yuan künstlich niedrig. Das birgt gewaltige Risiken

Bei aller zur Schau gestellten Eintracht: US-Präsident Barack Obama und seine chinesischen Gesprächspartner haben bei ihrem Treffen vergangene Woche nicht so recht zueinander gefunden. Besonders ernüchternd ist das Ergebnis in der Devisenpolitik. China macht keine Anstalten, den Yuan aufzuwerten. Die merkantile Exportförderung über die Währung geht weiter.

Im Kern besteht Pekings Strategie darin, der chinesischen Ausfuhrindustrie durch einen künstlich niedrig gehaltenen Wechselkurs einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Dieser Währungsprotektionismus bewirkt, zusammen mit dem Fleiß der 1,3 Milliarden Chinesen und dem Ehrgeiz der kommunistischen Partei, dass sich das Land anschiebt, der Weltwirtschaft seinen Stempel aufzudrücken.

Seit Mitte 2008 hält Peking den Kurs stur bei 6,83 Yuan pro Dollar, obwohl die Kaufkraft des chinesischen Geldes um 20 bis 30 Prozent höher liegt. Das bedeutet eine dauernde Verbilligung der eigenen Produktion zum Nachteil anderer Exportnationen.

Der Yuan ist Chinas schärfstes Schwert. Durch seinen Devisenprotektionismus erobert die Milliarden den Weltmarkt in atemberaubendem Tempo. Seit 1980 hat sich das Bruttoinlandsprodukt verzehnfacht. In den nächsten Jahren wird das Reich der Mitte seinen Nachbarn Japan als zweitgrößte Ökonomie ablösen. Spätestens 2050 dürfte China vor den USA die führende Volkswirtschaft sein.

Schon jetzt wird der Außenwert des Dollar entscheidend durch Peking mitbestimmt. Durch seine gezielte Interventionspolitik hat China einen Devisenschatz von 2 300 Milliarden Dollar angehäuft. Die Volksrepublik hält allein US-Staatsanleihen im Wert von rund 800 Milliarden Dollar und ist damit der größte Einzelgläubiger Amerikas. Im Falle einer Konfrontation der absteigenden und der aufsteigenden Supermacht könnte Peking damit drohen, diese Devisenreserven auf den Markt zu werfen. Ein Dollar-Crash wäre die Folge.

Die merkwürdige Symbiose zweier so gegensätzlicher Mächte wie China und Amerika (gelegentlich „Chimerika“ genannt) hat noch eine andere Dimension: Durch die extrem niedrigen Zinsen in den USA ist für Spekulanten die Versuchung

groß, Arbitragegeschäfte in China zu treiben. Hedgefonds leihen sich Geld in New York und legen es in der wachstumsstarken Volksrepublik an, wo höhere Zinserträge, Kurszuwächse, Währungsgewinne oder alles zusammen wirken. Diese „Carry-Trades“ sind unwiderstehlich, solange die Zinsen in Amerika niedrig bleiben.

Die jetzige Situation erinnert an die Anfänge der Japan-Bubble Mitte der Achtzigerjahre. Im Herbst 1985 verständigten sich die fünf führenden Industrienationen im New Yorker Plaza-Hotel darauf, die globale Ungleichgewichte – allen voran das US-Handelsbilanzdefizit – abzubauen. Tokio willigte ein, den Yen aufzuwerten zu lassen: In der Tat verteuerte sich das japanische Geld in den folgenden Jahren um das Doppelte. Als unbeabsichtigte Begleiterscheinung strömte immer mehr ausländisches Kapital in Japans Immobilien- und Aktienmarkt. Die Werte wurden über jedes rationale Maß hinaus aufgebläht – bis die Blase Anfang 1990 spektakulär platzte. Noch heute, zwei Dekaden später, labort die japanische Wirtschaft an den deflationären Folgen.

Kommt es zu einem neuen Plaza-Effekt, diesmal nicht mit dem Yen, sondern dem Yuan als Objekt der Begierde? In diesem Fall droht China die gewaltigste Spekulationsblase aller Zeiten. Die japanische „Bubble Economy“ der Achtzigerjahre könnte nur ein Vorspiel dessen sein, was sich aktuell auf dem asiatischen Festland anbahnt.

Die Alternative ist jedoch ebenfalls nicht rosig: Kann sich Peking einer Aufwertung des Yuan dauerhaft widersetzen, bedeutet das eine schleichende Schwächung der Exportwirtschaft anderer Industrienationen. Das Reich der Mitte würde in diesem Fall gleich einem gigantischen Staubsauger Jobs und letztlich Wohlstand aus der Weltwirtschaft absaugen. Auch deutsche Unternehmen hätten keine andere Wahl, als ihre Fertigung ins billigere Ausland zu verlagern.

Hierzulande könnte wie bereits andernorts eine Deindustrialisierung die Folge sein – mit horrenden Folgen für die Sozialkassen und den Staatshaushalt. In den USA hat sich die industrielle Basis in den vergangenen Jahrzehnten halbiert, die Reallohne der Arbeiter stagnieren seit Anfang der Achtzigerjahre, zuletzt sanken sie sogar.

Indessen könnte Pekings Währungsmerkantilismus auch auf das Reich der Mitte zurückschlagen. Vollzieht sich das Diffundieren des Wohlstands ungebremst, werden in Europa und Amerika die Rufe immer lauter werden, die heimische Produktion durch Zölle zu schützen. Ein neuer Produkt-Skandal wie der mit verseuchtem Spielzeug könnte den „casus belli“ für einen Handelskrieg liefern. Der Yuan ist Chinas schärfstes Schwert, aber auch eine Waffe, an der es sich am Ende selber schneiden kann.



DSL ist nicht überall verfügbar: Vor allem auf dem Land werden Breitbandkabel nur mancherorts verlegt

Telekommunikation schafft ein Job-Wunder

A.T. Kearney-Studie: Breitbandausbau in Deutschland kann mehr als 500 000 Arbeitsplätze bringen

Von Thomas Heuzeroth

BERLIN – Es ist wie im Callcenter eines Versandhauses: Ständiges Telefonklingeln mischt sich mit einem endlosen Strom leise gesprochener Worte. Etwa ein Dutzend Mitarbeiter mit Headsets sitzen an einem großen Tisch, abgetrennt von halbhohen Sichtplattens vor ihren Computern. Immer wieder hebt einer die Hand. Dann beschleunigt Harald Korb seinen Schritt, beugt sich nach vorn, blickt auf den Monitor und gibt seinen Rat.

Anders als im Versandhaus kann Korb Anweisung Leben retten. Der Herzchirurg ist ärztlicher Direktor der Vitaphone GmbH, die in Chemnitz das Telemedizinische Service Center betreibt. Von dort bewacht Korb das Befinden von 20 000 Patienten, verteilt auf ganz Deutschland, die meisten von ihnen mit Herzkrankheiten. Sie messen zu Hause ihren Blutdruck, den Herzrhythmus, die Sauerstoffsättigung, den Blutzuckerspiegel und ihr Gewicht und schicken die Ergebnisse über Breitbandverbindungen in das Telemedizinische Service Center.

„Dank der neuen Technologien und schnellen Datenleitungen können wir auch in Notfällen frühzeitig eingreifen“, sagt Korb.

Der Herzchirurg mit seinen knapp 70 Mitarbeitern, darunter Krankenschwestern und weitere Ärzte, ist ein Beispiel dafür, wohin der Breitbandausbau Deutschland führen kann. Während andere Branchen in der Krise noch die Wunden lecken, bereitet die Telekommunikationsindustrie den Boden für ein anhaltendes Stellenwachstum vor. Das ist das Ergebnis einer Studie der Unternehmensberatung A.T. Kearney, die der WELT exklusiv vorliegt. „Insgesamt könnte der Breitbandausbau in den kommenden Jahren mehr als 500 000 Arbeitsplätze schaffen“, sagt Heide Götz Hastenteufel, Partner und Telekommunikationsexperte bei A.T. Kearney. Diese entstehen in allen Wirtschaftsbereichen.

Tatsächlich sprechen alle Studien eine ähnliche Sprache. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Columbia Business School, der Hightech-Verband Bitkom, das Bundeswirtschaftsministerium und die Initiative D21 kommen alle zu dem gleichen Schluss: Die TK-Branche kann zum Helfer in der Krise werden – und bis zu einer Million neue Stellen schaffen.

Das kleine Jobwunder wird erst auf dem zweiten Blick deutlich. Denn die Telekommunikationskonzerne selbst verlieren noch über Jahre hinaus Umsatz und Arbeitsplätze. A.T. Kearney kommt in seinen optimistischsten Prognosen auf einen jährlichen Umsatzrückgang von 2,3 Prozent, die Beschäftigung in der Branche nimmt sogar im Jahreschnitt um 3,1 Prozent ab. Vor allem der anhaltende Preisdruck führe zu dieser Entwicklung. Die hohe Zahl der neuen Arbeitsplätze wird den Experten zufolge außerhalb der Telekommunikationsbranche etwa zu gleichen Anteilen in der Bauindustrie sowie in anderen Industriezweigen wie der Kreativwirtschaft, dem Gesundheits- oder auch dem Verwaltungswesen entstehen.

Wie Deutschland aus der Krise kommt

„So wie die Eisenbahn im 19. Jahrhundert wird Breitband die ökonomische Entwicklung des 21. Jahrhunderts bestimmen“, sagte Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Insbesondere in der Krise kann die Telekommunikation nach Meinung der AT Kearney-Experten ihre Stärke ausspielen. Zur Umstrukturierung gezwungene Unternehmen bekommen die Chance, Arbeitsplätze in Heimarbeitsplätze umzuwandeln und so erfahrene Mitarbeiter zu halten.

Parallel dazu muss Deutschland den Breitbandausbau beschleunigen, heißt es in der Studie. Die Breitbandstrategie der Bundesregierung, bis 2014 drei Viertel aller Haushalte in Deutschland mit einem Internet-Anschluss von 50 Megabit pro Sekunde erreichbar zu machen, wird branchenweit als ambitioniertes Ziel beschrieben. Herzchirurg Korb kann das nur Recht sein. Er bereitet bereits sein nächstes Projekt vor: Über ein Videokonferenzsystem will er in ländlichen Regionen Schlaganfallpatienten virtuell mit einem Ergotherapeuten zusammenbringen. Ähnlich wie bei der Spielkonsole Wii sollen sie vor dem Bildschirm Übungen machen. Das Gerät erkennt automatisch, ob die Bewegungen richtig ausgeführt werden. Sollte das nicht der Fall sein, gibt es eine automatische Meldung ins Callcenter.

Dieter Gerdemann, Mitautor der A.T. Kearney-Studie warnt jedoch vor der Annahme, es gäbe einen Automatismus. „Wir sehen noch jede Menge Stolperfallen für die Telekommunikation als Krisenhelfer“, sagt er. Zuerst einmal müssten sich die TK-Unternehmen selbst anpassen, auch wenn sie von der Krise wenig betroffen sind. Der Preiskampf und Umsatzrückgang zwingt die Unternehmen schon seit Jahren zu drastischen Kostensenkungen und Arbeitsplatzabbau. Die Großen der Branche, dazu zählen die Deutsche Telekom, Telefónica O2 und Vodafone Arcor, haben ihre vorher getrennten Mobilfunk- und Festnetzbereiche bereits weitgehend zusammengelegt. Trotzdem sind auch die TK-Unternehmen von der Krise nicht unberührt geblieben. Zum einen haben auch sie Schwierigkeiten bei der Geldbeschaffung und damit bei der Finanzierung neuer Projekte. Zum anderen ver-

stärkt die Krise den Druck zur Marktberaumung. Auch aus diesem Grund hat Telecom Italia fast ein Jahr gebraucht, um für seine Deutschlandtochter Hansnet einen Käufer zu finden. Telefónica will das Geschäft nun für 900 Mio. Euro übernehmen. „Es wird weitere Übernahmen geben“, sagt A.T. Kearney-Experte Hastenteufel.

Parallel dazu muss Deutschland den Breitbandausbau beschleunigen, heißt es in der Studie. Die Breitbandstrategie der Bundesregierung, bis 2014 drei Viertel aller Haushalte in Deutschland mit einem Internet-Anschluss von 50 Megabit pro Sekunde erreichbar zu machen, wird branchenweit als ambitioniertes Ziel beschrieben.

Herzchirurg Korb kann das nur Recht sein. Er bereitet bereits sein nächstes Projekt vor: Über ein Videokonferenzsystem will er in ländlichen Regionen Schlaganfallpatienten virtuell mit einem Ergotherapeuten zusammenbringen. Ähnlich wie bei der Spielkonsole Wii sollen sie vor dem Bildschirm Übungen machen. Das Gerät erkennt automatisch, ob die Bewegungen richtig ausgeführt werden. Sollte das nicht der Fall sein, gibt es eine automatische Meldung ins Callcenter.

A.T. Kearney hat in der Studie „Nachhaltige Restrukturierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ Schlüsselbranchen untersucht. Die WELT stellt die Ergebnisse exklusiv immer am Montag vor. Lesen Sie am 30. November: die Aussichten für die Chemieindustrie

Handlungsempfehlungen an die Politik

■ Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag für eine investitionsfreundliche Regulierung ausgesprochen. A.T. Kearney hält nun eine umgehende Konkretisierung und schnelle Umsetzung dieser Zielvorgabe für notwendig, damit investitionsbereite Unternehmen möglichst schnell Planungssicherheit haben.

■ Außerdem warnen die Experten davor, durch Regulierung weitere Wertschöpfung aus dem Markt zu nehmen.

■ Darüber hinaus fordert AT Kearney eine engere Verzahnung der Innovationsbranchen. Die Bildung von Wachstums- und Innovationsclustern als Zusammenschluss von Hochschulen, Unternehmen und Investoren könne zusätzliche Innovationskraft freisetzen.

■ Die Bundesregierung müsse Innovationskraft über gezielte Projekte wie beispielsweise das Mautsystem Toll Collect fördern. Staatliches Geld solle dabei aber nicht private Investitionen verdrängen.

■ Zu Umstrukturierungen gezwungene Unternehmen sollten unterstützt werden, wenn sie Arbeitsplätze in Heimarbeitsplätze umwandeln wollen.

■ Erfahrene Mitarbeiter könnten so gehalten werden und würden nicht aufgrund ihres „falschen“ Wohnortes zu Kunden der Arbeitsagentur.

Chancen und Risiken bis 2013

Für die Telekommunikationsbranche

Beschäftigung



Umsatz



Insolvenzen



DIE WELT INFOGRAFIK

WELT ONLINE

Der Breitbandatlas für Deutschland: welt.de/breitband

Gute Qualität, günstige Preise – Chinas Solarindustrie drängt nach Deutschland

Deutsche Hersteller wollen sich vor der neuen Konkurrenz schützen – Firmen wie Yingli kontern mit einer TÜV-Plakette

Von Frank Stocker

BAODING – Bei Yingli sieht es aus wie bei einem schwäbischen Mittelständler: aufgeräumt, sauber, ordentlich. Ganz anders, als sich viele eine chinesische Firma vorstellen. Doch bei Yingli werden auch nicht die üblichen Billigprodukte produziert. Das Unternehmen in der nordchinesischen Stadt Baoding stellt Sonnenenergiemodule her – und zwar von höchster Qualität.

Noch bis vor wenigen Monaten sah es gar nicht gut aus für Chinas Solarhersteller. Die Finanzkrise führte zu einem drastischen Auftragsrückgang. „Wir haben daher Ende 2008 beschlossen, strategische Veränderungen vorzunehmen“, sagt Liansheng Miao, Gründer und Chef von Yingli. „Wir ha-



Wartungsarbeiten an einer Solaranlage in Chongming bei Shanghai

FOTO: DPA

ben beschlossen, unseren Marktanteil weltweit auszuweiten, durch attraktive Preise und hohe Qualität.“ Im Klartext: Yingli will durch Billigpreise die Auslandsmärkte erobern. Wer darunter besonders leidet, ist die deutsche Solarindustrie. Denn Deutschland ist nicht nur ein

wichtiger Anbieter in der Branche, sondern auch der größte Solarmarkt der Welt: Jedes zweite Solarmodul wird hier montiert. Und immer häufiger kommen diese nun aus China.

Die Offensive zeigt bereits erste Auswirkungen. Bei der Vorlage ihrer Quartalsergebnisse mussten Firmen wie Q-Cells, Conergy oder Solarworld in der vergangenen Woche tiefrote Zahlen präsentieren. Q-Cells hat inzwischen beschlossen, die Produktion zur Hälfte nach Malaysia zu verlagern. Solarworld-Chef Frank Asbeck forderte die Bundesregierung auf, Umwelt- und Sozialstandards als Anforderung ins Erneuerbare-Energien-Gesetz aufzunehmen. „Eine zwingende Umweltzertifizierung auf allen Wertschöpfungsstufen würde mehr

Chancengleichheit bringen“, sagt Asbeck.

Doch was ist dran am Vorwurf, die Chinesen würden Sozial- und Umweltstandards missachten und zudem vom Staat subventioniert? Sanjeev Lahoti von Virasa Technologies schließt für Yingli Umweltprobleme aus. Für Yingli hat er gerade eine Fabrik zur Herstellung von Polysilizium gebaut, dem Grundstoff der Solarmodule – eine Produktion, bei der mit giftigen Gasen hantiert wird und die deshalb besonders unfallträchtig ist. „Das ist bei einigen Firmen in China ein Problem“, sagt Lahoti. Die neue Fabrik von Yingli sei jedoch so konzipiert, dass diese Gefahren praktisch ausgeschlossen seien.

Qualität setzt sich also auch in China zunehmend durch. Den ent-

scheidenden Kostenvorteil bringen aber die Löhne: Bei Yingli verdienen die einfachen Arbeiter zwischen 200 und 300 Euro im Monat, und auch die Manager bekommen oft nur einen Bruchteil dessen, was Deutschland gezahlt wird.

„Wir setzen daher immer stärker auf chinesische Module“, sagt der Vertreter eines deutschen Projektierers, der große Solaranlagen plant und baut. „Die Qualität ist gleich, aber die Preise sind zehn bis 15 Prozent niedriger.“ Die einzige Hürde seien noch die finanzierenden Banken. „Sie glauben oft nicht, dass die Qualität der chinesischen Module genau so gut ist und verlangen deshalb, dass wir Produkte von deutschen Firmen einsetzen.“

Yingli will diesen Bedenken künftig mit einer TÜV-Plakette ent-

gegenreten. Vom Frühjahr an will sich das Unternehmen mit dem Zertifikat bestätigen lassen, dass seine Module genau die Stromausbeute bringen, die sie versprechen. Selbstverständlich ist das nämlich nicht. „Bei einem Test von rund 1100 Modulen in diesem Jahr lagen rund 30 Prozent bei der Leistung 1,5 Prozent und mehr unter den angegebenen Daten“, sagt Willi Vaaßen vom TÜV Rheinland.

Doch was wollen Firmen wie Yingli mit ihrem Preiskampf erreichen? „Unser Ziel ist ‚grid parity‘“, sagt Darren Thomson, Marketingdirektor von Yingli in Europa. Damit ist der Zustand gemeint, wenn Solarstrom zum gleichen Preis angeboten werden kann wie der Endverbraucherstrompreis, wenn also keine Subventionen mehr notwen-

dig sind. Noch sind alle Photovoltaikanlagen davon weit entfernt.

Die Chinesen bringen dieses Ziel nun zurück auf die Tagesordnung. Deutsche Solarhersteller geraten dadurch unter Zugzwang: andere Firmen könnten dagegen unmittelbar profitieren: So tragen auffallend viele Maschinen in den Fabrikhallen und Laboren der Solarindustrie deutsche Namen: Siemens, Manz Automation, Roth & Rau, Centrotherm – das ist nur eine kleine Auswahl der Ausrüster aus Deutschland. „Bei unseren nächsten Expansionsschritten werden wir sogar noch mehr deutsche Maschinen kaufen“, verspricht Firmenchef Miao. So könnten deutsche Firmen auf jeden Fall am Solarboom verdienen, egal, wo die Module hergestellt werden.

Anzeige

StepStone

WIR ERKLÄREN DEN JOB-BOOM FÜR ERÖFFNET!

Bei uns suchen mehr als 8.000 Unternehmen neue Mitarbeiter

www.stepstone.de